

Volks-Zeitung

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt ULK

Ercheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens. Abonnements-
preise in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg,
Pommern, Sachsen u. Herzogt. Anhalt 30 Pf. wöchentlich oder M. 1,30
monatlich.

Vertrieb: Moritzpl., Kopernikus-Str. 67-69, Wiener Str. 1-6, Frankf. Allee 99, Frankf.
Allee 246, Gr. Frankf. Str. 101, Gr. Frankf. Str. 107, Schön. Allee 144, Schiffbauerd. 4,
Friedrichstr. 111, Mühlentw. 135, Mühlentw. 137, Köpenicker Str. 16-17, Rosenthal Str. 48, Rathenow
Str. 2, S. 2, S. 3, S. 4, S. 5, S. 6, S. 7, S. 8, S. 9, S. 10, S. 11, S. 12, S. 13, S. 14, S. 15, S. 16, S. 17, S. 18, S. 19, S. 20, S. 21, S. 22, S. 23, S. 24, S. 25, S. 26, S. 27, S. 28, S. 29, S. 30, S. 31, S. 32, S. 33, S. 34, S. 35, S. 36, S. 37, S. 38, S. 39, S. 40, S. 41, S. 42, S. 43, S. 44, S. 45, S. 46, S. 47, S. 48, S. 49, S. 50, S. 51, S. 52, S. 53, S. 54, S. 55, S. 56, S. 57, S. 58, S. 59, S. 60, S. 61, S. 62, S. 63, S. 64, S. 65, S. 66, S. 67, S. 68, S. 69, S. 70, S. 71, S. 72, S. 73, S. 74, S. 75, S. 76, S. 77, S. 78, S. 79, S. 80, S. 81, S. 82, S. 83, S. 84, S. 85, S. 86, S. 87, S. 88, S. 89, S. 90, S. 91, S. 92, S. 93, S. 94, S. 95, S. 96, S. 97, S. 98, S. 99, S. 100.

Die Neuregelung der Kommandogewalt.

Die künftige Stellung der Soldatenräte.

Berlin, 21. Januar. (Z. U.)
Unter Zustimmung der Reichsregierung und des Zentral-
rates der Arbeiter- und Soldatenräte hat das Kriegs-
ministerium durch einen Erlass im „Rechts-Verordnungs-
blatt“ die Kommandogewalt und Stellung der
Soldatenräte im Friedensheer vorläufig ge-
regelt, ferner über Bekleidung und Ausrüstung sowie
über den militärischen Gruß im Friedensheer vorläufige
Bestimmungen getroffen. Die Oberste Kom-
mandogewalt hält der vom Zentralrat der Deutschen
sozialistischen Republik gewählte Rat der Volksbeauf-
tragten inne. Die Ausbildung der Kommando-
gewalt ist dem preussischen Kriegsminister über-
tragen, der für die Art der Kommando- und
Führer in der Richtung, daß die letzteren ihre Dienstgewalt
nicht zu Handlungen gegen die bestehende Regierung mis-
brauchen. An der Wahl der Soldatenräte beteiligen sich
grundsätzlich alle Angehörigen der betreffenden For-
mationen. Die Soldatenräte sind nicht befugt,

sch in Angelegenheiten zu mischen, die anderen mili-
tärlichen Dienststellen oder der Zivilverwaltung ob-
liegen. Die Stellenbesetzung ist Sache des Kriegs-
ministeriums. Die Soldatenräte sind nicht befugt,
Führer selbst abzusetzen oder auszuscheiden.
Unterschiedliche und Mannschaften können als Zug-
führer in Offiziersstellen gewählt
werden. Jedem Wehrangehörigen steht der Weg zur
Anzeige oder Beschwerde an seinen Soldatenrat
offen. Die bisherigen als Rang- und Gradabzeichen
dienenden Abzeichen und Trassen sind nach Rückkehr in den
Standort sofort abzulegen. Als Gradabzeichen legen
Offiziere und Unteroffiziere am linken Rockärmel
dunkelblaue Tuchstreifen an. Wappen dürfen
nur im Dienst getragen werden. Als Befehlszeichen
der Wache wird die Rotarke in Landessprache ge-
tragen. Friedensorden werden im Dienst zur An-
zeige nicht getragen. Einen einseitigen Grußzwang
des Untergebenen gegenüber dem Vorgesetzten gibt es
nicht mehr. Dagegen besteht für beide die Pflicht,
sich gegenseitig zu grüßen, wobei der Jüngere und
im Dienstgrade niedere dem Älteren zuvorkommen muß. Die
Grüßpflicht ruht im Weichbild größerer
Städte, in belebten öffentlichen Räumlichkeiten, wie
Innenhöfen aller Versammlungen. Das Frontmarchen,
Stückchen und Vorbeigehen in gleicher Haltung sind ab-
geschafft.

Demokratie
oder Sozialdemokratie?

Unter dieser Ueberschrift hat Dr. Walter Pinner eine
Brotschüre herausgegeben, die gerade in diesen Wahlen dem
Wähler ein trefflicher Wegweiser sein kann. Pinner schildert
zunächst die Verhältnisse, aus denen die Revolution erwuchs:
Eine vielfach uneinige Mehrheit im überalt gewordenen
Reichstag, zusammengesetzt aus Parteien, die ihre Macht und
ihre Stärke aus einer Zeit datierten, die nichts mehr gemein hat
mit der Welt von heute, verjüngte mit schwerfälligen Bemühen,
den äußeren und inneren Frieden zu gestalten. In peinlicher Sorge,
den alten Aufbau des Reiches zu erhalten, jedem Bundesstaat sein
verjährtes Recht zu lassen, jeden Schritt zu vermeiden, der über
den schmalen, von der Verfassung vorgezeichneten Weg hinaus-
greifen könnte, ging die Kraft verloren, dem Drängen des Volkes
den Weg zu leiten. Die Arbeitermasse folgte denen, die warnten,
der Versuch der Reform wurde aus Mangel an Zielklarheit und
Tempo frühzeitig stecken bleiben. So ist der Wunsch, in gemein-
samer Arbeit von Bürgertum und Proletariat das neue Deutsch-
land zu errichten, unerfüllt geblieben. Die Revolution, die
vermieden werden sollte, vor der das Bürgertum zurückgewichen
ist, von Proletariat allein gewonnen. — Wo wird sie
enden?
Pinner betrachtet das sozialistische Programm, weist auf
seine guten Seiten hin, zeigt aber auch, wo seine Grenzen
liegen. „Manche Forderung taucht heute auf, die sozial klingt
und doch nicht hilft, das soziale Ziel zu erreichen, die den
Geist der freien Wirtschaftsführung erdient, ohne einen Ersatz
bieten zu können.“ Ueber das Schlagwort „Sozialisierung“
sagt Pinner:

Beteiligung der Arbeitnehmer an der Regelung
aller Arbeitnehmerfragen ist gut, aber nichts anderes
darf in diesem vernehmlichen Begriff stecken, nicht etwa „Vergesell-
schaftung“ in der Form, daß der einzelne Betrieb in den Welt-
kreis seiner zufälligen Arbeiterschaft übergehen soll,
die sich morgen vernehmen oder vermindern kann. Untragbar
wäre für den Arbeitnehmer der Verlust der Freizügigkeit,
den für ihn die Angst vor dem Fortgang von „seinem“ Unter-
nehmen bedeutet, untragbar wäre für den Betrieb der Verlust
der Fähigkeit, sich den Konjunkturschwankungen anzupassen, ein edles Wert-
zeug in der Hand eines einzelnen Geistes zu sein.

Besonders eingehend äußert sich Pinner über die Frage des
Erbrechts. Er geht von der Grundforderung aus: Das
Erbrecht ist zu beschneiden, fagt aber hinzu: Vor-
derblich wäre, es zu lösen. Denn: „Das Erbrecht ist es,
das den Mann treibt mehr zu arbeiten, zu sparen, als der
Tag und die Sorge für ein kurzes Alter erfordern. Mag der
Sozialismus den einzelnen als Glied der großen Volksgesellschaft
begreifen und freudige Hingabe an die Volksgemeinschaft fordern
und anerkennen. Niemals wird solche Hingabe der Liebe zur Familie
gleichkommen, der Hoffnung und Sorge für die Zukunft der Kinder.
Begrenzung des Erbrechts, Erbschaftsteuer ist gut. Niemand soll
müßig gehen, weil Erbgut des Vaters ihn erhält. Jeder sei
gezwungen, sich durch eigene Arbeit wirtschaftliche Selbstständigkeit
und die Menge Bequemlichkeiten zu erwerben, an die das
Vaterhaus ihn gewöhnte. Aber so viel des Erbes sei ihm
belassen, daß es dem Vater lohnt zu vererben. Es vererbe dem
Sohne nicht um seinetwillen, sondern um des Erbrechts
willen, denn das Erbrecht bedeutet, aus natürlichen Erbes,
Erzwingung, Unverkenbar ist, daß Betriebe leistungsfähig
werden müssen, wenn das in ihnen arbeitende Ver-
mögen durch hohe Erbschaftsteuer geschwächt wird. Der Landwirt,
der Kaufmann, der Industrielle, der sein ganzes Vermögen in
seiner Unternehmung investiert hat, — und nicht der freie
Wille des einzelnen entscheidet darüber, sondern der Zwang,
das Unternehmen stark zu erhalten — vererbt sie seinem Sohne
als einseitliches Kapital, das nur unerschütterter im Bestande
des investierten Kapitals seinen Wert behält. Diese Wider-
stände, die sich einer Erbschaftsteuer entgegenstellen, sind große
schwierige Probleme.“

Dennoch verlangt Pinner die Erbschaftsteuer. Er
führt aus:
„Was die Erbschaftsteuer dem Bestehenden nimmt, gibt sie für
die Gesamtheit dem Staate. Der vermehrte es im Dienste des
Volkes. Was der einzelne aus der Masse sich selbst nicht beschaffen
kann an Sicherheit des Lebens, in Krankheit, Arbeitslosigkeit und
Alter und an Erziehung der Kinder, sei Aufgabe des Staates. Er
bereichere durch seine Leistungen des Dasein der Massen, er schaffe
den künftigen Generationen die Bildung des Geistes, die heute
das Vorrecht des Bürgertums ist als schwerer Klotz, der den
Kindern des Proletariats das Tor zum Wohlstand verstopft.
Schulbildung für die Kinder des Proletariats und was
an materieller Sicherung der Eltern Voraussetzung ist, damit das
Verdienen der Kinder entbehrt werden kann, und Erbschafts-
steuer für die Bestehenden sind starke Mittel zur Ueber-
windung der Klassen.“
Aber mit der Erbschaftsteuer kann sich eine demokratische
Steuerpolitik nicht begnügen. Eine reichliche Einkommen-
steuer bei den großen Einkommen muß hinzukommen. Ueber
den Staat, durch Erbschafts- und Einkommensteuer, muß die
gerechtere Teilung der Güter vorbereitet werden.

Bisher 319 Abgeordnete.

Davon 58 Sozialdemokraten.

Berlin, 24. Januar. (Z. U.)
Nach den vorläufigen nichtamtlichen Meldungen können
bis heute nachmittags um 5 Uhr als gewählt gelten 319
Abgeordnete zur Nationalversammlung aus
28 Kreisen von insgesamt 37 Kreisen mit 433 Abgeord-
neten. Die 319 Abgeordneten verteilen sich auf die ver-
schiedensten Parteien folgendermaßen:

Table with 2 columns: Party Name and Number of Representatives. Includes Deutsche Volkspartei (28), Christliche Volkspartei (Zentrum) (17), Deutsche Volkspartei (54), Deutsche demokratische Partei (58), Sozialdemokratische Partei (132), Unabhängige sozialdemokratische Partei (22).

Ferner haben noch erhalten die Bauern- und Land-
arbeiterdemokraten in Schleswig-Holstein einen Sitz,
der bayerische Bauernbund je zwei Sitze in Ober-
bayern und Niederbayern, die Nationalverbände und Mittel-
partei in Ober-, Mittel- und Unterfranken einen Sitz
und die Bürgerpartei zusammen mit dem Bauern- und
Weingärtnerbund in Württemberg zwei Sitze.

Potsdam 1-9.

Das vorläufige Ergebnis.

Gewählt sind vorläufiglich:
5 Mehrheitssozialisten,
1 Unabhängiger,
2 Deutsche Demokraten,
1 Deutschnationaler,
1 Mitglied der Deutschen Volkspartei.

Weitere Ergebnisse aus dem Reiche.

6. Wahlkreis. Frankfurt a. O. (8 Sitze): Mehrheitssozialisten
321 115, 4 Abgeordnete, darunter Weiss, Schumann, Siebel;
Deutsche demokratische Partei 136 223, 2 Abgeordnete;
Deutschnational 120 082, 2 Vertreter, darunter Bruhn; Deutsche
Volkspartei 20 219, Christliche Volkspartei 10 741, Unabhängige
4342; einige kleine Bezirke fehlen.

7. Wahlkreis. Pommern. (Vorläufige amtliche Feststellung):
Mehrheitssozialisten 827 849 (8 Sitze), Deutschnationale Volkspartei
187 697 (3 Sitze), Demokraten 173 363 (2 Sitze), Deutsche Volkspartei
88 992 (1 Sitz). Die übrigen Parteien (Unabhängige, Pomer-
nische Zentrum und Christliche Volkspartei) fallen aus.

8. Wahlkreis. Posen. Es erhielten die Deutsche demokratische
Partei 41 533 (4 Sitze), die Deutsche Volkspartei 20 674 (3 Sitze),
die Deutschnationale Volkspartei 86 023 (3 Sitze), die Christliche Volkspartei
18 346 (1 Sitz) und die Sozialdemokraten 17 533 Stimmen
(1 Sitz).

10. Wahlkreis. Oberrhein. (Wahlkreisliste): Christliche Volkspartei
(Mittler) 821 800, 8 Sitze, Mittel, Herchel, Ehrhardt, Bitta,
Jawadski, Szepowicz, Strogoda, Rubeljo, Sozialdemokraten (Hör-
ling) 216 797, 5 Sitze, Hörling, Hauke, Köfler, Blas, Beder,
Deutschnationale (Hartmann) 47 544, 1 Sitz, Hartmann, Demokra-
ten (Wohlfahrt) 45 632, 1 Sitz, Wohlfahrt, Unabhängige
(Wilhelmstein) 32 617, Wahlkommisnar Klein.

11. Wahlkreis. (Schleswig-Holstein) und Herzogtum Lauenburg:
Das amtliche Wahlergebnis aus dem 11. Wahlkreis (Schleswig-
Holstein und Herzogtum Lauenburg, stellt sich wie folgt: Fraktion-
elle Sozialdemokraten 360 561, Unabhängige 26 659, Demokra-

ten 219 536, Deutsche Volkspartei 62 519, Bauern- und Land-
arbeiterdemokratie 57 482, Deutschnationale 60 805, Christliche
Volkspartei 8033.

Wahlkreis Oldenburg. Nach den vorläufigen Ergebnissen
sind im 14. Wahlkreis Oldenburg-Lüneburg-Nordlich gewählt:
2 Mehrheitssozialisten (Wesper, Jung), 2 Deutsche demokratische
Partei (Zangen-Sering, Wachholtz de Wente), 1 Deutsche
Volkspartei (Strohschorn).

Wahlkreis 20 Köln-Rhein. (Vorläufiges Wahlergebnis):
Zentrum 611 435, Mehrheitssozialisten 253 663, Deutsche Demokra-
ten 77 839, Deutsche Volkspartei 35 955, Deutschnationale
Volkspartei 32 180, Unabhängige 5856, — Gewählt sind: 3 Zen-
trumspartei, 3 Mehrheitssozialisten, 1 Demokrat und 1 Deutsche
Volkspartei.

Die Nationalversammlung in Weimar.

Zu der Verlegung des Sitzes der Nationalversammlung nach
Weimar wird aus Regierungskreisen geäußert: „Bei der
Festsetzung des Ortes der Nationalversammlung ist die Regierung
vor allem den Wünschen der süddeutschen Staaten auf
eine mehr zentrale Lage des Ortes der Nationalversammlung, als
sie Berlin bietet, entgegengekommen. Auch aus anderen deutschen
Bezirken war Widerspruch gegen die Einberufung der Nationalver-
sammlung nach Berlin erhoben worden.“

Es muß freilich dazu bemerkt werden, daß die Regierung nicht
daran denkt, nun auch ihren Sitz nach Weimar zu ver-
legen. Der Sitz der Reichsregierung bleibt Berlin. Außerdem
steht die Regierung auf dem Standpunkt, daß die Hauptarbeit der
Nationalversammlung, die doch in der Festlegung der neuen deut-
schen Verfassung besteht, sich weniger in Plenar- als in
Kommissionen erledigen wird. Aus diesem Grunde
wird es nicht notwendig sein, daß die Gesamtregierung dauernd
in Weimar anwesend ist. Der Hauptsitz der Regierung bleibt also
auch während der Dauer der Nationalversammlung Berlin. Die
Nationalversammlung wird in dem Neuen Theater in
Weimar tagen. Es werden sofort alle nötigen Ausbauten
des Theaters vorgenommen, um das Theater für die Tagung
der Nationalversammlung herzurichten. Die Abgeordneten
sollen in den Parkettstücken des Theaters ihre Plätze finden;
der erste Rang und der andere Teil des Theaters wird zum Teil
für die Presse bereitgestellt. Zwischen Berlin und Weimar wird
ein besonderer Zugverkehr eingerichtet werden. Außer-
dem hat die Reichsregierung sofort Vorkehrungen getroffen, um den
Telegraphen- und Telephonverkehr zwischen Berlin
und Weimar möglichst auszubauen. Auch für die Unter-
bringung der Abgeordneten und der Presse wird weitgehend
Sorge getragen. Zu diesem Zweck ist unter der Leitung des Ober-
bürgermeisters von Weimar ein Wohnungsnachweis ein-
gerichtet worden. Die preussische Nationalversammlung wird
bestimmt in Berlin abgehalten werden. Die Reichsregierung hat
weiter — selbstverständlich — die Absicht, das neue deutsche Parla-
ment (das Volkshaus) auch nach Berlin einzuberufen.“

Siezu müssen wir noch bemerken, daß die Nachricht von
der Verlegung der Nationalversammlung in den Parteien
und der Presse nicht ungenüßig ist. Zum
Teil werden die von uns schon am Montag dargelegten
Gründe benutzt, um der Reichsleitung den schweren
Schaden vor Augen zu stellen, der unserm Lande und auch
Berlin durch diese nicht gerade nach Stärke und Festigkeit
aussehende Maßnahme erwachsen muß. Andererseits ist die
Wahl Weimars wegen der völlig ungenüßenden Unter-
künfte so unglücklich wie nur möglich.

Sozialreform statt Sozialismus, das ist die Forderung der Demokratie. Banners Schrift zeigt die Wege einer demokratischen Steuerpolitik, die zugleich der Weg der Sozialreform ist. Schon die finanziellen Erfordernisse, die uns der Krieg hinterlassen hat, würden uns auf diesen Weg führen, wenn der soziale Sinn uns nicht darauf hinwiese.

Spartacus im diplomatischen Verkehr.

Braunschweig an die Reichsleitung.

Braunschweig, 20. Januar. (Privat)

Die Verhältnisse zwischen Braunschweig und Berlin scheinen einer Katastrophe entgegenzugehen. In der Etappe Braunschweig wird immer mehr mobilisiert gegen „feindliche“ Bedrohung in Form eines „gegenrevolutionären Aufstandes“. Zwischen Berlin und Braunschweig wird, wie auch schon lange zwischen Berlin und Hannover, eine sehr gereizte Sprache geführt, die in kurzer Zeit den Ausbruch eines unheilvollen Sturmes erwarten läßt. Heute gelangte an den A. und S.-Mat in Braunschweig folgendes Telegramm der Reichsleitung (gez. Rostke):

Nach vorliegenden Nachrichten sollen gestern Mannschaften eines durchgehenden Transportes in Braunschweig gefangen genommen worden sein und morgen handrechtlich erschossen werden. Sollte dies zutreffen, so warne ich auf das dringendste, irgend welche Gewalttätigkeiten zu unternehmen. Gefangene Leute sind sofort frei- und weiterreisen zu lassen. Strenge Rechenschaft wird gefordert werden. Umgehend dringliche Aufklärung an Reichsleitung schicken.

Die telegraphische Antwort aus Braunschweig lautet:

Wenn dort blödsinnige Schwindeleinrichtungen erlaubt werden, offenbart dies völligen Nervenzusammenbruch. Hier niemand gefangen, braunschweiger Regierung mordet nicht wie Gert und Scheidemann. Erwähnen, uns mit weiteren unheimlichen Telegrammen zu verschonen. Regierung Braunschweig, Oerter.

Die Braunschweiger Regierung macht diesen Vorfall öffentlich bekannt und wirft dabei die Frage auf: „Wünscht der Generalissimus vielleicht den Vorwand zu haben, seine revolutionären Wörder zu unterdrücken der sozialistischen Republik Braunschweig mobil zu machen?“ Herr Rostke läßt sich offenbar Braunschweig überlegen. Seit mehreren Tagen ist die Braunschweiger Landesgrenze ringsum von regierungstreuen Truppen umgeben.

Man muß die Namen zehnmal lesen, um zu glauben, daß dieser diplomatische Verkehr in Deutschland stattgefunden hat. Denn dem Tone könnte die Antwort auf das Telegramm der Reichsleitung aus dem dunkelsten Südamerika stammen. Noch ein paar Tage weiter und die internationalen unabhängigen Regierung Braunschweigs antwortet nur noch mit Revolvern und Handgranaten.

Rosa Luxemburg gegen den Bolschewismus.

Nicht immer hat Rosa Luxemburg den Bolschewismus angebetet. Es ist noch gar nicht so lange her, da hat sie sich in scharfer Weise dagegen gewandt. In der „Freiheit“ teilt Luise Rautsch folgende Erinnerung an Rosa Luxemburg mit:

Als ich sie im März 1918 sprach, stand sie dem Bolschewismus noch sehr kritisch gegenüber, äußerte sie sich über Vorkämpfer, über Radek in den Tönen schärfster verächtlichster Abwehr. Auch in späteren Briefen schrieb sie mir, die unerhörten Gewaltakte und Grausamkeiten der Bolschewiki lassen mich nicht schlafen. — Um so erstaunter war ich, als sie nach ihrer Entlassung aus Haft sich zu rein bolschewistischen Methoden nicht nur bekannte, sondern sie auch leider zu praktizieren begann.

Ueber Radek hat Rosa Luxemburg schon von jeher die denkbar schlechteste Meinung gehabt. Der „Vorwärts“ weist darauf hin, daß sie in früherer Zeit seinen Aufschwung aus der polnischen Partei wegen finanzieller Schmutzereien veranlaßt und schließlich für seinen Ausschluß aus der deutschen Partei aus ähnlichen Gründen eintrat. Um so bedauerlicher ist es, daß sie sich schließlich mit Radek und den Bolschewisten verbündete. Den Intuitionen, die sie damit entseßelt, ist sie selbst zum Opfer gefallen.

Die Ermittlungen des Kriegsgerichts der Garde-Kavalleriebrigade Division finden in ständiger Fühlung mit der Staatsanwaltschaft statt. Eine Abgabe an diese kommt zur Zeit nicht in Frage, da außer den bei dem Vorgang beteiligten Militärpersonen, Zivilpersonen als Teilnehmer noch nicht ermittelt sind. (W. L. B.)

Radek wieder in Berlin?

Die B. S.-Korrespondenz will wissen: Nach dem allgemeinen Zusammenbruch des Spartacus-Bundes habe der würdige Repräsentant der Sowjetregierung, Soboleff, alias Radek, es vorgezogen, aus Berlin zu verschwinden. Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, ist Radek seit zwei Tagen wieder aufgetaucht und hat bereits versucht die Verbindung mit den gegenwärtig sehr verstreuten Führern der Spartacus-Bewegung wieder aufzunehmen. Radek hat, dem Muster anderer Spartacusisten folgend, keine feste Wohnung, sondern hält sich bald hier, bald dort bei Freunden, meist Kuffen oder Polen auf. Man hat wiederholt beobachtet, daß er in einer kleinen Villa des vornehmen Westens abzuweilen pflegt.

Eisenbahnerstreik in Halle.

5000 Ausländische.

Halle, 21. Januar.

Seit gestern streiken auf dem hiesigen Rangierbahnhof die Beamten und Arbeiter der Eisenbahn. Es verkehren keine Güterzüge über den Bahnhof Halle. Auch Güter werden nicht befördert. Wie es heißt, betreffen die Forderungen vor allem die sofortige Entfernung eines ausbleibenden Rechnungsrates, ferner die Ausschließung der Streikbrecher vom Dienst auf 14 Tage ohne Entschädigung. Auch Forderungen, die den Lohn und die Dienstzeit betreffen, sollen gestellt sein. Man zählt die Zahl der Streikenden auf 5000 Mann, da sich auch die Eisenbahnerarbeiter angeschlossen haben. Heute mittag bewegte sich ein großer Demonstrationzug nach dem Gebäude der Eisenbahndirektion, wo die Verhandlungen geführt werden.

Die Streikbewegung unter den Ruhrbergleuten hat heute wieder einen großen Umfang angenommen. Von der heutigen Schicht waren rund 12000 Bergleute ausständig, so daß die Gesamtzahl der Streikenden sich heute auf etwa 20000 Mann stellen wird. Auf verschiedenen Zechen wird die neuerliche Arbeits Einstellung mit der Forderung an Einstellung von Sozialisierungs-

Sozialisierung.

Die Frage der Sozialisierung steht im Vordergrund des wirtschaftspolitischen Interesses. Die Bergarbeiter scheinen durch die Drohung des Generalstreiks die Regierung zur Sozialisierung zu zwingen. Ob es richtig ist oder nicht, was sich in den Bergrevieren anbahnt, darüber zu schreiben wird allmählich müßig, da keiner den andern überzeugt. Immerhin ist es interessant, ausländische Stimmen über die Folgen der Sozialisierung zu hören. So schrieb kürzlich eine holländische Zeitung, „De Maasbode“: Deutschland war bisher, dank der Organisation des rheinisch-westfälischen Kohlenhandels, instande, durch seine Preispolitik die Engländer in Holland zu verjagen. Nach der Sozialisierung des deutschen Rohlenbergbaues wird das bald anders werden. Denn was bedeutet Sozialisierung durch den sozialistischen Staat? Kurze Arbeitszeit, hohe Löhne, schlappe Aufsicht in den Betrieben, technischer Rückstand der Bergwerke, die Wahl von Betriebsleitern nach politischen Rücksichten, und vor allem hohe Preise. Mit diesen so verteuerten Kohlen will man dann nach Holland kommen! Man bildet sich ein, die Niederlande würden die Kosten des sozialistischen Experiments in Deutschland bezahlen! Das Blatt fährt dann weiter aus, Holland werde an Stelle der verteuerten deutschen Kohle die englische Kohle bevorzugen; ja, es sagt voraus, daß die englische Kohle die deutsche auf dem eigenen deutschen Markte schlagen werde.

Man vergißt bei uns zu oft, daß Deutschland sich nicht aus der Weltwirtschaft herauslösen kann. Auf dem Weltmarkt aber bestimmen heute mehr als je die angelsächsischen Mächte England und Amerika. Mit Recht weist Leusch in der „Glocke“ darauf hin, daß es auf England ankomme, ob die Welt entscheidende Schritte zum Sozialismus machen kann. Wenn England nicht vorangeht, können es seine Konkurrenten nimmermehr. Die englische Bourgeoisie, schreibt Leusch, sei der wahre Feind des Sozialismus; sie stünde dem Sozialismus im Wege, und nicht etwa die Reste des preußischen Militarismus, vor denen man sich unbesonnen Angst habe.

Der Gedanke der Sozialisierung findet übrigens interessanterweise in manchen Arbeiterkreisen keinen Anklang. Wir hatten schon kürzlich mitgeteilt, daß die Arbeiter der Firma Benz die Übernahme des Werkes abgelehnt haben, da sie sich nicht instande fühlten, den Betrieb selbst zu leiten. Ein zweiter derartiger Fall wird jetzt aus Elbing bekannt. Wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, hatte der Inhaber der Elbinger Dampf- und Wassermühlwerke Oskar Stedde-Idt, Wählerbefugiger Kurier, seinen Arbeitern das Angebot gemacht, den Betrieb zu übernehmen. Das Anerbieten wurde im Hinblick auf die gegenwärtigen schlechten Verhältnisse abgelehnt. Sicherlich, hatte der Arbeiterzeitung, falls man aus solchen Einzelfällen ohne genaue Kenntnis aller Umstände ein abschließendes Urteil stellen wollte, immerhin ist es auffällig, daß die Arbeiterschaft da, wo sie von der Sozialisierung Gebrauch machen konnte, es nicht immer tat. Auch bezüglich der Firma Krupp, die doch sicher zu den bestbeachteten Unternehmungen Deutschlands gehört, wird berichtet, daß die Arbeiterschaft in einer großen Versammlung jede Sozialisierung des Betriebes ablehnte, da sie der Ansicht ist, bei der jetzigen Betriebsform entschieden größere Vorteile zu haben.

Gewalttame Sozialisierung des Braunkohlenbergbaus.

Die Drohung mit dem Generalstreik.

Halle, 21. Januar.

Bei den Massenemonstrationen der Unabhängigen für Liebknecht und Rosa Luxemburg am Montag nachmittag, in denen die Bergarbeiter der Umgebung besonders stark vertreten waren, wurde, wie die „Saalezeitung“ berichtet, von einem Redner mitgeteilt, daß der Bergbaubetrieb unter die Kontrolle des Bezirks-A. und Soldatenrates in Weiskirchen gestellt sei, und daß die Belegschaften den Generalstreik beschließen hätten für den Fall, daß die Sozialisierung des Bergbaues im Überbergamtsbezirk Halle auf den Widerstand der Bergbauverwaltung gestützt die Regierung Ebert-Scheidemann-Rostke nicht abhandeln sollte.

Polnische Rechtsprechung.

In welcher Weise die Polen in den von ihnen besetzten deutschen Gebieten „Recht“ sprechen und die Deutsche Bevölkerung drangalieren, dafür liegt ein vielstimmiger Beweis in Gestalt eines „Urteils“ vor, das die polnische Kommandantur Gnesen gefällt hat. Das „Urteil“ hat folgenden Wortlaut:

„In der Standortsache gegen Wendorff-Beschau wegen Verhates, den Heimatschutz gegen Gnesen aufgebracht zu haben, wird entschieden:

Aus Rücksichten der Frau Wendorff beim Verabschieden der deutschen Offiziere: „Wenn Sie schon vor sechs Wochen hier gewesen wären, wie es sein sollte, dann wäre es für uns besser, ist zu entnehmen, daß von seiten Wendorff-Beschau die Herbeiführung des Heimatschutzes gefördert wurde.“

Da diese Handhabung eine feindliche Handlung gegen die einheimische Bevölkerung von Gnesen und Umgebung ist, wird Wendorff-Beschau eine Kontribution von 50000 Mark — in Worten fünfzigtausend Mark — auferlegt. Er selber wird mit dem Tage der Zahlung auf der Kommandantur Gnesen in Freiheit gesetzt.

Gnesen, 14. Januar 1919.

Kommandantur, gez.: Dr. Jakobien.

Dieser Jakobien ist in dem Verfahren Untersuchungsrichter, Zeuge und Kommandant in einer Person geworden. Der „Beweis“, auf den sich dieses Urteil stützt, ist um so schlagender, als Frau Wendorff überhaupt nicht vernommen worden ist. Es handelt sich also einfach um einen Raub. Das ist einer der unzähligen Fälle, die beweisen, wie notwendig zum Schutze der Deutschen im Osten der von der Regierung ins Leben gerufene Heimatschutz ist.

Litauen will Memel, Tilsit und Gumbinnen.

Bern, 21. Januar.

„Temps“ veröffentlicht eine große Anzahl von Erklärungen größerer, mittlerer und kleinerer Ententestaaten über ihre Forderungen auf der Friedenskonferenz. Der litauische Unterstaatssekretär Rosenbaum setzt die Grenzen Litauens folgendermaßen fest: die alten russischen Gouvernements Wilna, Wilna, Mohnow, Mohilew, Witebsk, ein Teil des Gouvernements Smolensk, ferner von Ostpreußen Memel, Tilsit und Gumbinnen.

In einem neuen Interview begründet Benzelos die Ansprüche Griechenlands auf Thrazien und Konstantinopel, das griechisch werden müsse, sofern es nicht internationalisiert werde, auf

keinen Fall aber schließlich bleiben. Benzelos fordert Brussa und Aigin in Aften, ferner die kleinasiatischen und kyprioten Inseln. — Als chinesische Forderung nennt das in Paris erscheinende „Echo de Chine“ die Rückgabe der Gebiete von Kwantung und Tsingtau, Verlängerung des Vertrages von Waikowai und Prüfung der Frage der Öffnung der Mongolei und Tibets für den Handel.

Der Hungertod in Deutschland.

500 000 Todesfälle infolge von Nahrungsschwierigkeiten.

Die Wirkungen der Blockade während des Krieges auf die Sterblichkeit in Deutschland, namentlich von Herbst 1916 bis Ende 1918, sind inzwischen genauer festgestellt worden. Die Zahlen sind weit höher, als bisher angenommen wurde. Es hat sich die erschreckende Tatsache ergeben, daß mehr als 500 000 Todesfälle lediglich auf die Ernährungsschwierigkeiten zurückzuführen sind. Die Feststellungen sind mit der größten Vorsicht getroffen und geben eher eine zu kleine als eine zu große Zahl. Alle diese Menschen sind eines elenden Todes gestorben. Ihre Leiden waren mit den schwersten physischen Leiden ihrer Angehörigen verknüpft, die ihnen nicht das geben konnten, was sie brauchten. Es handelt sich besonders um schwache Frauen und alte Personen und Kinder, die nach ihrem Zustand mangelhafte Ernährung besonders schlecht vertrugen. Nur Angehörige der Zivilbevölkerung sind gezählt worden. Die genauen Feststellungen sollen mit dem benutzten Material ausführlich veröffentlicht werden, um zu beweisen, daß es sich um keine falsche Propaganda, sondern um streng objektive Feststellungen handelt. Die Untersuchung vor dem jährlichen Sterbeziffern der weiblichen Bevölkerung geht von dem Kriege und während des Krieges aus. Wie auf Epidemien, wie die Ruhr und die Grippe sowie auf andere besondere Ursachen zurückzuführenden Sterbefälle, werden in Abzug gebracht. Die indirekten Folgen der mangelhaften Ernährung, die sich unter anderem in der erhöhten Sterblichkeit der nächsten Jahre deutlich zeigen werden, lassen sich nicht in Zahlen fassen.

Noch keine Milderung der Hungerblockade!

Berlin, 21. Januar. (W. L. B.)

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist die von „Vorwärts“ verbreitete Nachricht über Aufhebung der Blockade unzutreffend, es sind im Gegenteil alle erbetenen Milderungen glatt abgelehnt worden. So dürfen unter anderem an Kohlenlieferungen für Dänemark keine Bedingungen geknüpft werden, und die Dampfer müssen leer zurückschiffen. Selbst die Bitte der deutschen Regierung um Freigabe des Seeweges, um Lebensmittel von Ostpreußen nach Mitteldeutschland zu befördern, wurde von dem Entente abgelehnt.

Von einer Milderung der Hungerblockade kann danach keine Rede sein, wenn auch die Entente nimmermehr die Lieferung bestimmter Nahrungsmittelmengen zwecks Auffüllung der zu Ende gehenden Bestände vornehmen zu wollen scheint. Eine Erhöhung der Rationen ist von derartigen Lieferungen noch keinesfalls zu erwarten; sie werden zunächst nur verhindern, daß die jetzigen Rationen herabgesetzt werden müssen oder gar ganz ausfallen. Außerdem müssen wir, um Lebensmittel zu erhalten, alle unsere Schiffe hergeben. Ueber die

Strafverurteilung der deutschen Handelsflotte

teilen die „Pol. Parlam. Nachr.“ mit: In dem Verpflegungsplan, der zunächst aufgestellt worden ist, sind für Deutschland etwa 200 000 Tonnen Brotgetreide und 70 000 Tonnen Fett vorgesehen. Lebensmittel sind in den Vereinigten Staaten genug vorhanden. Es ist aber bei der Bedienung der Weltflotte unmöglich, sie an Ort und Stelle zu bringen ohne die Mitwirkung der deutschen Handelsflotte. Hieraus wurde wiederholt sehr eindringlich in Triest hingewiesen. Es kommt also nur darauf an, die Lebensmittel in der richtigen Weise und schnell an die Verbraucher in den einzelnen Ländern heranzubringen. Dazu soll das Schiffsfahrtsabkommen dienen.

In Triest ist zunächst nichts weiter abgemacht worden, als daß Deutschland, wie die Ententestaaten bereits getan haben und neutrale Staaten im Begriff sind zu tun, die gesamte Handelsflotte der internationalen Schiffahrtsgemeinschaft zu Verpflegungswecken zur Verfügung stellt. In dem grundsätzlichen Abkommen mit der Entente ist festgelegt, in dem deutschen Schiffe deutsches Eigentum bleiben und daß die Schiffe von deutschen Mannschaften bemannt werden, insofern nicht besondere Umstände, z. B. bolschewistische Bestrebungen, eine Ablösung erzwängen.

Keine Wegschaffung der Goldreserven.

Berlin, 21. Januar.

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ von maßgebender Seite erfährt, ist die Entente-Medlung, daß die Goldreserven der Reichsbank, deren Entfernung von der Entente verlangt wurde, aus Berlin weggeschafft werden, im ganzen Umfang unrichtig.

Arbeit und Arbeitslosenunterstützung.

Vom Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung wird mitgeteilt:

Um dem Mangel an Arbeitskräften in wichtigen Zweigen unserer Volkswirtschaft bei gleichzeitig täglich wachsender Zahl der Arbeitslosen in den Städten zu steuern, ist am 15. Januar eine Abänderung der Verordnung über Erwerbslosenförderung vom 13. November 1918 erlassen worden. Dabei sind die folgenden Gesichtspunkte maßgebend gewesen:

1. Die Verpflichtung des Erwerbslosen, eine Arbeit anzunehmen, die ihm nach seinen Körperkräften zugemutet werden kann, und für die angemessener ortsüblicher Lohn gewährt wird, muß durchgesetzt werden.
 2. Es ist kräftiger als bisher darauf hinzuwirken, daß Personen, die während des Krieges zur Aufnahme von Arbeit in einen anderen Ort gezogen sind und dort jetzt keine Arbeit mehr finden, in ihren früheren Wohnort zurückkehren.
 3. Die bislang bestehende Freiheit der Gemeinden bei Bestimmung der Unterstützungsätze muß eingeschränkt werden, weil diese Sätze verheerend eine Höhe erreicht haben, die nicht mehr zu rechtfertigen ist und die Erwerbslosen von der Arbeit zurückhält.
 4. Um verheerenden Erwerbslosen die Annahme von Arbeit außerhalb ihres Wohnortes zu ermöglichen, muß die Gemeinde die Befugnis erhalten, der zurückbleibenden Familie die Familienzuschläge zur Unterstützung zu belassen.
- Es wäre zu hoffen, daß die durch diese Verordnung der Erwerbslosenunterstützung ersparte Befürderung der Verhältnisse sich recht bald bemerkbar macht. Dazu wird es allerdings notwendig sein, daß die zu billigen Grundbesitz auch mit der nötigen Energie durchgeführt werden.

Verantwortliche Redakteure: für äußere Politik: Dr. Erich Maaß-Charlottenburg; für innere Politik: Karl Heiser, Neudamm; für Kommunes, Groß-Berlin, Reichsleitung und den übrigen Teil: Heinrich Heppner, Berlin; für Genossenschaft und „Ägliche Unterhaltungsbeilage“ Georg Siegel, Berlin; für den „Einzelteil“ Paul Orlow, Berlin-Schöneberg. Druck und Verlag: Rudolf Hoffe, Berlin. Sierzg 1 Beiblatt.

